Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 4

Artikel: Dann müssen sie dann aber auch Deutsch lernen!
Autor: Kerr, Katharina
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341552

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dann müssen sie dann aber auch Deutsch lernen!

Über das Recht von Migrantinnen und Schweizern auf eine intelligente Migrationspolitik und über die Pflicht der PolitikerInnen, sich vor dem Reden zu informieren

Jedes Schlechte hat auch sein Gutes, und so besinnt sich nach dem (einmal mehr) vom Aargau ausgehenden Quotenwirbel auch die SP Schweiz auf die Migrationspolitik. In den offiziellen Verlautbarungen heisst diese allerdings nicht so, son-

Katharina Kerr

dern «Integrationspolitik». Was unter «Integrationspolitik» konkret verstanden wird, geht aus diesem neuen Reden über «Ausländerpolitik»[1] allerdings noch kaum hervor. Am ehesten das scheinbar Naheliegende: Die Eingewanderten sollen als Gegenleistung dafür, dass wir sie akzeptieren, die Landesteilsprache lernen, Deutsch oder Französisch[2].

Das kann es aber nun wirklich nicht gewesen sein, liebe Genossinnen! Sprache ist zwar gut, aber Migrationsleben und Zusammenleben ist anders. Das weiss, wer will, seit Jahren aus den Erfahrungen der Migrationspolitik, auch ausserhalb der Schweiz. Es ist auch in der wirklich nicht in den Kinderschuhen steckenden Migrationsforschung[3] belegt. Und die Rote Revue hat sich bereits mehrmals mit dem Thema befasst ...[4] Nur so viel: Die vielen Secondos am Letten sprachen perfekt deutsch. Die Identität der Verpflanzten, auch jener aus gemischten Ehen, kann ein lebenslanges Thema sein, manchmal auch ein lebenslanges Problem. Die Sozialämter vieler Schweizer Gemeinden können ein Lied davon singen. Es ging und geht darum, eine «Sozialpolitik mit kulturpolitischen Akzenten» (Klaus Leggewie) zu machen, um Migrationspolitik als «gemeinsamer und gegenseitiger Prozess, der die Partizipation aller Beteiligten voraussetzt, also nur stattfinden kann, wenn die Möglichkeit zur Teilnahme besteht und auch genutzt wird» (Regine Aeppli a.a.O. Anm. 4). Es geht auch da-

[1] So die mediale Bezeichnung, zum Beispiel in der «Neuen Luzerner Zeitung» NLZ vom 16. September 2000 im Lead zum Interview mit Christiane Brunner.

[2] In der Abstimmungs-Arena vom 15. September meinte die Basler SP-Nationalrätin Anita Fetz, ihr «stinke es» auch, wenn sie in der Waschküche mit der Nachbarin nicht deutsch reden könne: «Die» müssten dann eben Deutsch lernen. Dazu die kleine Geschichte, die mir ein Freund aus Zürich erzählt hat: Ein Mädchen, das vor kurzem mit seiner Familie aus Hamburg in die Schweiz gezogen ist, wird von der Lehrerin aufgefordert, «richtig» deutsch zu sprechen. Die Hamburgerin eignet sich daraufhin ein akzeptierteres «Allemand fédéral» an und fährt damit seither besser. Eine wahrhaft integrative Leistung der Schule! Zweite Geschichte: Ein viersprachig (darunter auch mit Schweizerdeutsch) aufgewachsenes Kind kommt aus Südamerika in die Schweiz. Es gehört trotz «moralisch rosa Hautfarbe» (Siegfried Krakauer) nicht «dazu». Vielleicht kann es zu viel. Gefragt sind nicht Sprachkenntnisse, sondern das Gewand des schweizerischen Mittelmasses.

[3] 7240 Einträge meldet www.google.com in 0,04 Minuten auf den Suchbegriff «Migration Sprache», und die wenigsten beziehen sich auf den Spracherwerb von MigrantInnen im Aufnahmeland. Wer länger und seriöser sucht, findet weniger, aber Interessantes. Eine gute Einstiegs-Bibliographie bietet: Basil Schader: Sprachenvielfalt als Chance. Handbuch für den Unterricht in mehrsprachigen Klassen. Zürich Orell Füssli 2000.

[4] Siehe RR 3/1993 (T. Kästli zu Cohn-Bendit und Leggewie), 1/1994 (Schwerpunktnummer Multikulturalismus), 4/1995 (Angéline Fankhauser zur Schweizer Migrationspolitik), 3/1996 (Schwerpunkt globale Informationsgesellschaft und Lisa Schmuckli zu «Lebensqualität und Gerechtigkeit»), 3/1997 (Schwerpunkt Solidarität(-sstiftung)), 4/1999 (Schwerpunkt Migration, daraus hervorzuheben Regine Aeppli: Mit Integrationsmassnahmen gegen «Apartheid»), und diverse Rezensionen von 1992 bis 2000.

rum, Migrationspolitik nicht ausschliesslich auf die Innenpolitik zu beschränken, sondern als wesentlichen Teil der Aussenpolitik zu verstehen und zu gestalten.

Die Falle des Nichtargumentierens: Gibt es für die Linke «Überfremdung»?

Die Argumente liegen da, bereit, zur Kenntnis genommen und angewendet zu werden. Ein Teil der Presse der Linken hat damit gearbeitet, der «Appell für eine tolerante und menschenwürdige Schweiz» hat eine Liste der Kernargumente für seinen Aufruf verwendet. In den übrigen Medien kamen diese Argumente weniger zum Zug. Am wenigsten aber da, wo die Schweiz hingeschaut hat: So in der Fernsehdiskussion von Mitte September (siehe Anm. 2), wo die SP ausserdem mit ganzen zwei Personen vertreten sein konnte – und sich das gefallen liess. Wer die Gesetze der Medien kennt, weiss, dass eine Partei nur mit einer kompetenten, ständigen und auch attraktiven Besetzung eines Themas und nur mit klaren und bekannten Argumenten interessant für den Markt ist und dort wahrgenommen und präsentiert wird. Da dies im Abstimmungskampf gegen die 18%-Initiative nicht der Fall war, ist es herausgekommen, wie es nicht hätte herauskommen dürfen: Es wurde forsch, aber unklar geredet, und eine Woche vor der Abstimmung wurden wir über Teletext durch folgenden Anriss aus der Neuen Luzerner Zeitung vom 16. September alarmiert: «SP: Provokative Ideen der künftigen Präsidentin. Brunner kratzt an Tabu. Christiane Brunner geht bei der Ausländerpolitik in die Offensive. Dies mit Ideen, die für die SP neu sind.»[5] Wenn in dieser Frage von «Tabubruch» geredet wird, kann nur ein Tabubruch gemeint sein. Tabu war aber in der Linken bisher nicht eine Begrenzung des Rechts auf Einwanderung (siehe Anm. 12) – diese wurde auch von der «Mitenand»-Initiative der siebziger Jahre ohne falsche Scham, aber mit klarer Argumentation diskutiert. Tabu war aber ein Nachgeben nach rechts in dieser Frage: das Gespenst der Überfremdung war tabu. Was hat unsere Designierte nun gemeint? Wir hoffen es zu wissen. Aber klar wurde das nicht.

Sprache ist Wirklichkeit: Assimilation, Integration, Partizipation

Wer von «Integration» spricht, meint es vielleicht gut, wählt aber ein Wort, das seine Unschuld verloren hat. Wenn die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) oder das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft sich mit integrativer Bildungspolitik befassen (was sie seit Jahrzehnten tun), herrscht Konsens darüber, was gemeint ist: In der Schule wird nicht nach Sprachen, neuerdings auch nicht nach Fähigkeiten «ausgesondert» (auch kein unschuldiges Wort), sondern alle lernenden Kinder sollen in der gleichen Klasse Platz haben. «Stützunterricht statt Sonderklasse» ist hier die Losung. Integrative Bildungsmodelle kennen keine geteilte Sekundarstufe 1. Sie fördern sprachliche Kompetenzen, auch jene der Fremdsprachigen. Denn solange in der Landesteilsprache unterrichtet wird – was nicht mehr überall der Fall ist, Geographie auf Englisch, Mathematik auf Französisch etc., das gibt es zum Beispiel in Basel[6] –, ist diese für den Schulerfolg unerlässlich. Jedoch: Viele der von der EDK seit den frühen siebziger Jahren empfohlenen Stützunterrichtsstunden wurden in den letzten Jahren weggespart. Segregation, Apart-

[5] «Die Schweiz muss für Einwanderungen offen sein», sagt die designierte SP-Präsidentin Christiane Brunner gegenüber unserer Zeitung. «Aber es gibt Grenzen.» Man müsse definieren, wie viel Einwanderung zulässig sei, damit die Ausländerinnen und Ausländer richtig integriert werden könnten. Sie sei sich bewusst, dass diese Ideen innerhalb der SP ein Tabu berühren würden. Weiter fordert sie: «Die Massnahmen zur Integration müssen verstärkt werden.»

[6] Im migrationspolitischen Kontext beschrieben in: Cristina Allemann-Ghionda: Schule, Bildung und Pluralität: Sechs Fallstudien im europäischen Vergleich. Bern (etc.): Lang. 1999, 556 Seiten.

heid im Schulzimmer kommt billiger, kurzfristig jedenfalls.

Im migrationspolitischen Diskurs ist der Begriff der Integration in der Schweiz vor allem in den achtziger Jahren kritisch diskutiert worden. Ausgehend davon, dass die «Ausländerpolitik»[7] der Schweiz seit ihrem Beginn in den dreissiger Jahren (das Ausländergesetz ANAG stammt aus dem Jahr 1931), soweit sie Politik betraf und nicht die Schaffung von faits accomplis durch die arbeitskräfteimportierende Wirtschaft, stets eine Politik der Abwehr war, wurden die Begriffe «Assimilation» und «Integration» dem neuen Begriff der «Partizipation» entgegengesetzt. Assimilation meint die totale Anpassung und Angleichung des Zugewanderten an den Aufnahmeort. Aber auch die Integration ist als recht einseitiger Prozess gedacht. Die Zugewanderten haben «sich zu integrieren», gemeint ist: nach unseren Vorgaben und Mustern und ohne Ansehen der Schwierigkeiten des Alltags, der mitgebrachten Werte und Meinungen und der möglichen Verletzungen der Identität, die mit einem solchen Integrationsprozess verbunden sind. Und obwohl die Chancen auf schulischen, beruflichen, vielleicht sogar gesellschaftlichen Erfolg für «Integrierte» besser sind als für Ghetto-BewohnerInnen[8], ist nichts davon garantiert. Auch in den sechziger Jahren wurde Einbürgerungswilligen der rote Pass verwehrt, die Schweizermacher der alten Sorte waren sogar noch verbreiteter als heute. Das Greencard-Punktesystem, das zum Beispiel in Kanada oder Australien für die Regulierung der Einwanderung angewandt wird (siehe auch: www.mpconcept.de/body_index.html), belohnt verschiedene Vorleistungen und Integrationsbemühungen wie den Erwerb der Landessprache oder die Anpassung eines mitgebrachten Diploms durch eine Nachprüfung in Landesstandards mit Greencardpunkten. Sprachkurse zum Beispiel können gratis und während der Arbeitszeit belegt werden. Es ist also ein Nehmen und ein Geben und nicht ein vorwurfsvoller Befehl wie meistens in der Schweiz, vor allem dort, wo keine Migrationsbeauftragten die Sache ein bisschen professioneller und damit klarer und würdiger angehen. Trotzdem: Mir ist kein Ort auf Erden bekannt, wo heute nicht die übliche Debatte darüber herrscht, «wie viele Ausländer nach XY dürfen, wie man sie sortiert und gegebenenfalls wieder los wird», es sei denn, man passe in den «längst etablierten rassistischen Grundkonsens», passe in die «Reservate für Geschäftsleute: Um herein zu kommen, braucht man lediglich einen teuren Friseur und eine abendländische Gesinnung».[9] Symbole der besonderen Art.

Als am 29. November 1989 in Aarau ein von der städtischen Kommission für Ausländerfragen[10] organisierter Kongress unter dem Titel «Partizipation» alle regionalen und viele überregionale Vereine von AusländerInnen und alle lokalen und regionalen Vereine zusammenbrachte, war der Titel auch noch für die städtische Exekutive erklärungsbedürftig. «Assimilation» war verständlich: Wer kommt, hat sich anzupassen. Wir tun das auch, wenn wir im Ausland sind. Ganz abgesehen davon, dass diese oft gehörte Aussage ins Reich der Legenden gehört. (Wie gut sprechen wir doch, um hier nur die Sprache zu

[7] Der Begriff postuliert, dass die Politik für (eigentlich gegen) die AusländerInnen gemacht werden muss. Der umfassendere und unter modernen Gesichtspunkten (Europa, Globalität) migrationspolitische Gesichtspunkt fehlt da total. Daniel Cohn-Bendit (Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid: Heimat Babylon 1992) hat nachgewiesen, dass Migration historisch Normalität, Sesshaftigkeit aber für viele Gesellschaften aussergewöhnlich ist.

[8] Wer erinnert sich noch an die Fotomontage von Klaus Staeck mit dem Abfallbeseitiger mit grünweissrotem Davidstern?

[9] Alle Zitate aus: Ralf Schröder: Disput der Türsteher. In: Jungle World vom 8. März 2000. Der Autor bezieht sich auf die aktuelle, von Gerhard Schröder wegen des Informatikfachleutemangels losgetretene Greencarddiskussion in Deutschland.

[10] Die – paritätische - Kommission wurde auf Ende 1994 vom Aarauer Stadtrat, der Exekutive, geschlossen, angeblich aus finanziellen Gründen. Die Kommission hatte ein jährliches Budget von 3000 Franken, das sie nicht immer ausschöpfte. Sponsorraising, zum Beispiel für Ausstellungen («Art as togetherness» 1993 etc.), war ihr aber untersagt worden.

erwähnen und nicht tiefer zu gehen, türkisch, thailändisch, mongolisch, diverse indische oder afrikanische Sprachen, wenn wir in diese Länder oder Kontinente reisen oder ziehen!) Die paternalistische Ideologie im Hintergrund solcher Begriffe passt schlecht zur modernen Gesellschaft. Und diese wird eigentlich nur noch von rechts aussen infrage gestellt? «Partizipation» gefiel den Vereinen der MigrantInnen und uns Kommissionsmitgliedern 1989 jedenfalls besser; es war verständlicher und weniger hochtrabend als «Akkulturation». An diesem mit rund 200 Personen gut besuchten Kongress hörte ich in den Arbeitsgruppen engagierte Diskussionen, geführt von SchweizerInnen und AusländerInnen, die alle etwas anzubieten hatten: ihren Verein, den sie für neue nichtschweizerische, nichttürkische, nichtjugoslawische (damals) etc. Mitglieder öffnen wollten. Nur eine freisinnige Dame, Präsidentin des bürgerlichen Damenturnvereins (die aber immerhin gekommen war), war schockiert vom ungewohnt selbstbewussten Auftreten der Nichtschweizerinnen und fand, die Ausländer stellten hier zu hohe Forderungen. Das Kongresstreffen war im Ganzen ein Erfolg, das Thema war neu, aber doch nicht so beängstigend, weil es «nur» um Vereine ging. Wir erwarteten eine neue, partnerschaftliche Politik der Motivation zum Zusammenleben, nicht der Ausgrenzung. Jedoch: Folgen gab es keine. Heute spricht man in Aarau offiziell nicht mehr über Migrationspolitik.

Gefragt sind jetzt nicht Schlagwörter, sondern eine würdige und vernünftige Migrationspolitik der SP, die die vorhandenen personellen Ressourcen ausschöpft

Wenn jetzt die FDP im Zürcher Verfassungsrat ein Recht auf Einbürgerung von Eingewanderten, eventuell für bestimmte Kategorien sogar auf politische Rechte verlangt, ist das gut, meint ein Freund, der als Gewerkschaftssekretär und als eingebürgerter Sohn von eingewanderten Arbeitern weiss, wovon er spricht. Dann läuft nämlich etwas, meint er, der in der Kantonsschule seinen Namen verdeutscht hatte, um weniger aufzufallen.

Die in verschiedenen Kantonen lancierten und haushoch abgelehnten Initiativen für das Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene AusländerInnen kamen von den Organisationen der MigrantInnen, vor allem von den italienischen Colonie Libere. Unterstützt wurden sie von den Gewerkschaften und von der SP, zum Teil von den Kirchen. Offiziell. Aber die leider sehr tiefe Annahmequote lässt darauf schliessen, dass auch SP-WählerInnen die Initiativen ablehnten. Wir haben da als Partei ein Problem, das wir nicht mit Quoten-Zugeständnissen an diese Basis lösen können. Lösen können wir es vielleicht, mit Geduld und mit einer klaren Politik, die «ein Zusammenleben anstrebt, das auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung beruht», gemäss Punkt zwei des «Appells für eine tolerante Schweiz». Das ist meine Position der Vernunft nach mehr als zwanzigjähriger Erfahrung in Migrationspolitik, in der Weiterbildung von MigrantInnen und auch als früher selbst Aus- und Eingewanderte. Es braucht übrigens keine wechselseitigen Sympathien, aber es braucht gegenseitigen Respekt. Dass Respekt und Anerkennung nicht garantiert sind und immer wieder hergestellt werden müssen, ist auch mir nicht unbekannt.

Wir dürfen nicht die ganze Akkulturation den Schulen überbinden, aber die Schulen müssen darin eingebunden werden: Rassistische Vorurteile werden früh gebildet und können und müssen früh angegangen werden.[11] Moderne Methoden da-

[11] S. auch: Klaus Wahl: Den tieferen Wurzeln der Fremdenfeindlichkeit auf der Spur. NZZ, 9./10. September 2000.

für gibt es. Die partizipatorische Migrations- und Bildungspolitik wurde und wird seit je auch von SP-Mitgliedern formuliert und stark mitgetragen. Wir haben die Fachpersonen und die Engagierten und Erfahrenen in den Institutionen, in den Schulen, in der Lehre und Forschung, an verschiedenen Orten der Praxis und des Vollzugs, in Legislativen und Exekutiven, im Volk. Wir müssen nicht von vorne beginnen. Aber wir müssen beginnen, sorgfältig die bestehende Forschung zu sichten (Lesen verlängert nicht nur das Leben, wie ein Werbespruch der Buchbranche postuliert, es verkürzt auch überflüssig lange Diskussionen und professionalisiert die zurzeit etwas suboptimale Politik auf diesem Gebiet), uns zusammenzutun und ohne mit den Medien zu schäkern eine glaubwürdige Migrationspolitik zu formulieren und umzusetzen. Wir brauchen auch den ethischen Diskurs[12], der klärt, «auf welcher Grundlage ein Einwanderungsgesetz, also die rechtliche Begrenzung von Migration, moralisch überhaupt zu rechtfertigen ist». Denn es ist nicht das Gleiche, ob nummerische «Klugheitsargumente» (alle Zitate aus Schmid a.a.O. Anm. 12) für die Formulierung von gemeinsamen Spielregeln für die Akkulturation oder als Zugeständnisse an die politische Rechte geäussert werden.

[12] Siehe dazu Peter A. Schmid: Gibt es ein Recht auf Einwanderung? – Ethische Probleme der Migrationspolitik. In: Helmut A. Holzhey/Peter Schaber (Herausgeber): Ethik in der Schweiz. Zürich 1996. S. 75–87.

Katharina Kerr ist Redaktorin der Roten Revue.